Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister



Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

16. Mai 2025

Telefon 0211 871-2597
Telefax 0211 871-3311

Kleine Anfrage 5400 der Abgeordneten Dr. Dennis Maelzer und Alexander Baer der Fraktion der SPD „„Nazis raus aus dem Parlament" – Können Kinderplakate Wahlbeeinflussung sein?", LT-Drs. 18/13458

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage 5400 im Einvernehmen mit der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration und der Ministerin für Schule und Bildung wie folgt:

Frage 1 **War es aus Sicht der Landesregierung notwendig, die Lemgoer Kinderplakate aus Sorge unzulässiger Wahlbeeinflussung abzuhängen?**

Frage 2 **Welche Handlungsempfehlungen von der Landesregierung bestehen für Wahllokale in Schulen oder Kitas im Umgang mit politisch gestalteten Plakaten von Kindern?**

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhanges zusammen beantwortet.

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835, 836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Grundsätzlich hat die Wahlorganisation dafür Sorge zu tragen, dass die Wahlberechtigten ihre Wahlentscheidung ohne äußere Beeinflussung im Wahlraum vornehmen können. Dazu hat der Gesetzgeber unter anderem festgelegt, dass die Mitglieder der Wahlorgane, ihre Stellvertreter und die Schriftführer zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes verpflichtet sind, § 10 Abs. 2 Bundeswahlgesetz (BWG). Die bzw. der Vorsitzende weist die Beisitzerinnen und Beisitzer sowie die Schriftführerin bzw. den Schriftführer bei der Eröffnung der Wahlhandlung auf diese Verpflichtung hin, §§ 5 Abs. 5, 53 Abs. 1 Bundeswahlordnung (BWO). Die Mitglieder des Wahlvorstandes dürfen während ihrer Tätigkeit kein auf eine politische Überzeugung hinweisendes Zeichen sichtbar tragen, § 6 Abs. 3 Satz 2 BWO.

Des Weiteren regelt § 32 Abs. 1 BWG, dass während der Wahlzeit in und an dem Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude jede Beeinflussung der Wählerinnen und Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild sowie jede Unterschriftensammlung verboten sind. Das Verbot soll die freie Ausübung der Wahl, die Wahlfreiheit, gewährleisten und das Gebot der Wahlgleichheit im Sinne von Art. 38 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz und § 1 Abs. 1 Satz 2 BWG sichern. Dem Grundgedanken der Vorschrift entsprechend ist jede Wahlpropaganda unzulässig, wenn sie nach Form und Inhalt geeignet ist, die Wählerin / den Wähler bei der Stimmabgabe zu beeinflussen.

Für die Einhaltung des Verbots der Wahlbeeinflussung im Wahlraum hat in erster Linie der Wahlvorstand zu sorgen. Dabei stellt sich in jedem Einzelfall die Frage der Abgrenzung zwischen verbotener Beeinflussung der Wähler und unzulässigen Eingriffen in die Chancengleichheit der Parteien einerseits und zulässigen allgemeinen Äußerungen zu Grundwerten der Demokratie und Freiheit andererseits. Diese Abgrenzung ist angesichts der Vielzahl möglicher Fallgestaltungen nicht immer einfach und Gegenstand verschiedener Gerichtsentscheidungen und Wahlprüfungseinsprüche gewesen. Es ist daher wahlrechtlich nicht zu beanstanden, wenn der

Wahlvorstand zur Sicherung jedweder Neutralität und zur Vermeidung etwaiger Diskussionsanlässe am Wahltag im Wahlraum Plakate mit bestimmten Meinungsäußerungen für die Zeit, in der der Raum als Wahllokal genutzt wird, abhängen lässt.

Frage 3 **Wie stellt die Landesregierung sicher, dass einerseits die Neutralität von Wahllokalen gewahrt bleibt, andererseits aber schulische Demokratiebildung nicht eingeschränkt wird?**

Die schulische Demokratiebildung legt in unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Lerngelegenheiten die Basis für eine mündige Teilhabe an der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Schulen vermitteln Kindern und Jugendlichen demokratische Werte und Normen, machen demokratische Prozesse erfahrbar und ermutigen zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation. Besondere Relevanz in allen schulischen Lernsituationen haben die Leitprinzipien des Beutelsbacher Konsenses. Dieser fordert, dass Lehrkräfte den Schülerinnen und Schülern keine Meinungen aufzwingen dürfen, sondern deren Fähigkeit fördern sollen, eigenständig Urteile zu bilden. Kontroverse Themen aus Wissenschaft, Gesellschaft und Politik müssen auch im Unterricht immer kontrovers dargestellt werden, sodass verschiedene Perspektiven berücksichtigt und Alternativen diskutiert werden. Die Verpflichtung zur Neutralität darf in diesem Kontext aber nicht im Sinne einer Gleichgültigkeit im Unterricht missverstanden werden: antidemokratische, rassistische oder antisemitische Haltungen sind auch als solche klar zu thematisieren, wenn sie vertreten werden. Schulen sind daher keine wertneutralen Orte, sondern Räume, in denen demokratische Werte vermittelt und verankert werden sollen.

Unterstützend finden Schulen alle relevanten Informationen für die schulische Demokratiebildung im Webportal „Demokratie in Schule NRW". Neben umfangreichen didaktischen Hilfen für den Unterricht bietet das im vergangenen Jahr entwickelte Webportal auch Hinweise für praxisorientierte Ansätze, um demokratische Prozesse und die Partizipation in Schule zu fördern. Das Portal richtet sich ausdrücklich auch an Lehrkräfte, die bislang fachlich wenig Berührungspunkte zur Demokratiebildung haben.

Der Landesregierung liegen keine Anhaltspunkte dahingehend vor, dass die Demokratiebildung an Schulen durch die Nutzung als Wahllokal eingeschränkt wird.

Frage 4 Besteht aus Sicht der Landesregierung die Gefahr, dass durch eine zu strikte Handhabung solcher Fälle Schulen oder Kitas künftig aus Unsicherheit auf politische Bildungsprojekte verzichten?

Nein.

In Nordrhein-Westfalen regelt das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) sowie die Bildungsgrundsätze für Kinder von 0 bis 10 Jahren, dass Kitas den Auftrag haben, Kinder zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen. Dazu gehört ausdrücklich auch die Förderung demokratischer Kompetenzen, was politische Bildung in altersgerechter Form einschließt.

Das Ministerium für Schule und Bildung unterstützt politisches und gesellschaftliches Engagement von Lehrkräften sowie von Schülerinnen und Schülern. Hierzu stellt das Ministerium für Schule und Bildung den Schulen sowohl im Bildungsportal als auch im neuen Webportal „Demokratie

in Schule“ Hinweise zur Umsetzung politischer Bildungsangebote sowie zu dem rechtlichen Rahmen bereit.

Frage 5 In welchen Zusammenhängen ist „Nazis raus aus dem Parlament“ aus Sicht der Landesregierung eine unzulässige Aussage an Schulen oder Kitas?

Das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) legt fest, dass die Kinder- und Jugendhilfe, zu der Kitas zählen, die persönliche Entwicklung der Kinder unter Beachtung der Vielfalt der Lebensentwürfe fördern soll, ohne politische oder weltanschauliche Einflüsse auszuüben. Auch in § 7 KiBiz finden sich Vorgaben zum Diskriminierungsverbot, die sicherstellen sollen, dass alle Kinder unabhängig von Herkunft, Religion oder politischer Einstellung respektiert werden. Zudem wirken Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen im Rahmen ihres Erziehungs- und Bildungsauftrags darauf hin, dass Kinder zur gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe befähigt werden und ein demokratisches Grundverständnis entwickeln, § 16 KiBiz.
Für den Bereich der Schulen ist folgendes festzuhalten:

Nach § 2 Absatz 8 Satz 2 Schulgesetz NRW nehmen Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß § 58 ihre Aufgaben unparteilich wahr. Sie dürfen in der Schule keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnliche Bekundungen abgeben, die die Neutralität des Landes gegenüber Schülerinnen und Schülern sowie Eltern oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden gefährden oder stören, § 2 Absatz 8 Satz 3 Schulgesetz NRW. Allerdings kennt das Neutralitätsgebot für Lehrkräfte auch Grenzen, wenn Werte und Ziele der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Schule oder in der öffentlichen Debatte in Frage ge-

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister

stellt werden. Es gehört daher zur politischen Bildungsarbeit, extremistische Tendenzen und Positionen politischer Gruppierungen herauszuarbeiten und diese in der unterrichtlichen Auseinandersetzung mit den verfassungsrechtlichen Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufzugreifen, um Schülerinnen und Schüler aufzuklären. Die Äußerung „Nazis raus aus dem Parlament" stellt als solche noch keine unzulässige Aussage dar.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul MdL